STADT KARLSRUHE Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 4/2020

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach

am: Mittwoch, 13. Mai 2020

Beginn: 17:00 Uhr Ende: 18:39 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Karlsburg, Festsaal

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte:

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Henkel, OR Kehrle, OR Müller

B'90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Klingert, OR Frey, OR Köster, OR Stolz,

OR Ricken, OR Dr. Wagner, OR Ruf

SPD: OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius **FW:** OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Bruker

DIE LINKE: OR Ginder

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Böhler-Friess

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführerin:

Anja Bormeth (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Frau Rosenberg (Stadtplanungsamt), Herr Rößler und Frau Bormeth (StaDu).

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 30. April 2020, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 8. Mai 2020 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Festsaal der Karlsburg. Sie sei überzeugt, dass man damit die notwendigen Hygienemaßnahmen einhalte. Entschuldigt für die heutige Sitzung sei Frau Ortschaftsrätin Böhler-Friess. Herr Ortschaftsrat Dr. Wagner werde vermutlich etwas später kommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wolle sie darauf hinweisen, dass man heute auf eine Anwesenheitsliste für die Ortschaftsräte verzichten werde. Die Anwesenheit der Ortschaftsräte werde im Protokoll festgehalten. Ihre Bitte an die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte sei, sofern zu einzelnen Tagesordnungspunkten eine Befangenheit vorliegen würde, dies heute mit Wortmeldung vor Eintritt in den betreffenden Tagesordnungspunkt mitzuteilen.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 1: Straßenzustandsbericht

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 1, Straßenzustandsbericht, auf. Normalerweise komme hierfür immer ein Kollege des Tiefbauamtes. Aufgrund der heutigen Zeit habe man entschieden, diesen TOP als schriftlichen Bericht zu behandeln. Alle Fragen hierzu werden gesammelt und zur Beantwortung an das Tiefbauamt geleitet. Die entsprechenden Antworten werden dann dem Gremium mitgeteilt.

Hierzu liegen bereits schriftliche Fragen der CDU-OR-Fraktion vor.

Sie fragt nach, ob es noch weitere Fragen gebe und stellt fest, dass dies nicht der Fall sei.

Protokoll zu

TOP 2: Bürgerumfrage "Nutzung kultureller Einrichtungen und Angebote in Karlsruhe 2019"

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 2, Bürgerumfrage "Nutzung kultureller Einrichtungen und Angebote in Karlsruhe 2019", auf. Hierzu liege für alle eine Information der Durlacher Kantorei aus, denn die Kirchenmusik sei nicht in der vorgenannten Umfrage erfasst gewesen. Der Kantorei und auch dem Stadtamt Durlach sei es wichtig gewesen, zusammenzustellen, was es auch in diesem Bereich in Durlach an Aktivitäten gebe.

Die Ergebnisse der Kulturumfrage lägen auch in schriftlicher Form vor. Gerne könne man hierzu Fragen beantworten. Sie wolle durchaus noch einmal darauf hinweisen, dass es speziell auch Ergebnisse für Durlach gebe. Diese zeigen auch, dass viele Einrichtungen in Durlach natürlich von Durlacherinnen und Durlachern sehr stark besucht werden und dort bekannt seien - es aber auch viele Bereiche gebe, die über Durlach hinaus bis in die Region wirken. Sie denke, diesen Weg solle man auch weitergehen, dies sei sehr wichtig. Das Fest der Ehrenamtlichen, welches fast ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement durchgeführt werde, sei das Durlacher Altstadtfest. Wenn man nun in den Ergebnissen sehe, dass unter den Karlsruher Kulturveranstaltungen das Durlacher Altstadtfest mit einem Besucheranteil von knapp 60 Prozent nach den Schlosslichtspielen und nach "Das Fest" Rang 3 erreiche, sei dies etwas ganz Besonderes und hervorzuheben. Schade, dass das Durlacher Altstadtfest in diesem Jahr leider nicht stattfinden könne. Dies werde für die teilnehmenden Vereine, die auch in der Lage seien, durch ihr großes Engagement einiges an finanziellen Mitteln zu generieren, die dann das ganze Jahr über dem Vereinssport und dem Vereinszweck insgesamt zur Verfügung gestellt werden, das ganze Jahr sehr schwer machen. Es liege auch ein erster Antrag aus einer Fraktion vor, vielleicht werde es auch hier im Gremium einmal ein Thema geben, wie man sich für die Vereinswelt in ihrer ganzen Breite hier in Durlach in dieser Zeit einsetzen könne.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) führt aus, wenn man lese, wie blühend die Kulturlandschaft für die gesamte Stadt Karlsruhe - aber auch für Durlach - sei und dann sehe, dass gerade die Kulturschaffenden Mit-Hauptleittragende der jetzigen Situation seien, wolle er eine Frage einbringen, die vielleicht an dieser Stelle am besten angebracht sei. In seiner Fraktion habe es eine Diskussion darüber gegeben, ob dem Stadtamt Erkenntnisse vorliegen, dass bereits Kulturschaffende in Durlach davor stünden, ihre Einrichtung zu beenden, weil sie in entsprechende Finanznöte geraten seien. Damit verbunden die Fragestellung, ob es irgendwelche Gegenmaßnahmen gebe, dem entgegenzuwirken – dies außer dem, was ganz offiziell über Land und Bund getan werde?

TOD 2

TOP 2: Bürgerumfrage "Nutzung kultureller Einrichtungen und Angebote in Karlsruhe 2019"

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, in Notlage existenzieller Art sei bisher noch niemand direkt auf das Stadtamt zugekommen. Sie glaube, es sei allen klar, dass es in vielen Bereichen so sei, dass es jetzt schon enorme Schwierigkeiten gebe. Die Leitlinie im Stadtamt hierzu sei, dass man alles, was man als Möglichkeiten zur Verfügung habe, ob Kultureinrichtungen, Kulturschaffende oder auch die Vereinswelt, zu unterstützen. Dies mit den Räumlichkeiten, mit Beratung, mit Zurverfügungstellung öffentlicher Räume, mit Unterstützung vielleicht auch von Veranstaltungen mit neuen Formaten, an die man auch denken müsse. Man sei sich im Klaren darüber, dass man da alles mit den Kolleginnen und Kollegen des Stadtamtes unterstützen werde. Hier sei man für jedes Gespräch offen und habe auch schon Gespräche geführt, was neue Veranstaltungskonzepte betreffe. Bei dem ein oder anderen werde man hier auch sicherlich auf den Ortschaftsrat zukommen, wo man dann besprechen müsse, was man in diesem und auch mit Sicht auf das nächste Jahr, an breit angedachter Unterstützung machen könne. Auch Kleinigkeiten wie zum Beispiel die Zurverfügungstellung der Bühne, die man an Infrastruktur leisten könne, werde man mit voller Kraft zur Verfügung stellen. Eine einzelne Idee sei, wenn man jetzt beispielsweise eine Orchesterprobe nicht mehr in einem Raum abhalten könne, habe man schon Überlegungen, ob es vielleicht eine öffentliche Orchesterproben im Schlossgarten geben könne. Dies seien alles kleine Beispiele, bei denen das Stadtamt Durlach mitmachen und unterstützen wolle.

Protokoll zu

TOP 3: Bebauungsplan "Östlich der Westmarkstraße zwischen Ostmarkstraße und Am Rainle, Karlsruhe-Durlach", Änderung städtebau-

liches Konzept

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 3, Bebauungsplan "Östlich der Westmarkstraße zwischen Ostmarkstraße und Am Rainle, Karlsruhe-Durlach", Änderung städtebauliches Konzept, auf und begrüßt hierzu Frau Rosenberg vom Stadtplanungsamt, die kurz einführen werde.

Frau Rosenberg (Stadtplanungsamt) geht auf das Plangebiet für den Bebauungsplan zwischen dem Bereich Ostmarkstraße und Am Rainle, östlich der Westmarkstraße, umfasst mit den Stegwiesen, ein, der bekannt sei. Mittels Präsentation zeige sie noch einmal den letzten Stand mit dem multifunktionalen Platz hinter der Feuerwehr mit angrenzender Spielwiese, mit einer Durchbindung an den vorhandenen Kinderspielplatz, mit der mittigen Wegeführung durch die Stegwiesen und einer Zufahrtmöglichkeit für diesen multifunktionalen Platz, der als Parkierungsfläche und für kleinere Dorffeste genutzt werden solle, über die Ostmarkstraße und einer Wegeverbindung von der Ostmarkstraße, um kurze Wege zu gewährleisten und diesen Bereich anzubinden. Dies habe sie bereits schon einmal vorgestellt.

Nun sei es so, dass das Liegenschaftsamt auf Grundlage dieses Zwischenstandes des Vorentwurfs des Bebauungsplans die Eigentümer der Grundstücke in den Stegwiesen und auch des Gärtnereibetriebes angefragt habe, ob hier Bereitschaft bestehe, dass die notwendigen Grundstücke seitens der Stadt erworben werden können. Hier habe man leider nicht die Möglichkeit erhalten, Zugriff zu bekommen. Weder für die mittige Wegeführung, noch für den Anschluss von der Ostmarkstraße. Sie habe versucht, dies mittels einer grafischen Aufbereitung darzustellen. Man habe auf dieser in orange dargestellt eine öffentliche Fläche, den Kinderspielplatz und das östliche Flurstück, die beide bereits der Stadt gehören. Man habe mittelfristig nicht die Möglichkeit, an diese Grundstücke zu kommen, um diese Zielsetzung umsetzen zu können, die man im Bürgerdialog entwickelt habe. Man habe eine Alternativplanung überlegt. Die Voraussetzungen seien, dass man dieses Flurstück habe, auf dem man diese Wegeführung auch herstellen könne. Dies sei städtisch, man müsse die bestehenden Miet- und Pachtverhältnisse entsprechend kündigen. Hier bestehe nach wie vor die Chance, die Grundstückseigentümer seien verkaufsbereit, verschiedene Investoren kommen immer wieder auf das Stadtplanungsamt zu und fragen bezüglich Bebauungsmöglichkeit an. Hier schlage man vor, eine Erschließung von der Westmarkstraße in das Gebiet hineinzuführen und hier künftig diesen multifunktionalen Platz zu etablieren. Thema sei noch, dass sie entlang des städtischen Flurstücks in den letzten Jahren, Jahrzehnten, eine Vegetation entwickelt habe. Es gebe dort verschiedene Bäume, die jetzt aktuell vom Gartenbauamt als erhaltenswert eingestuft worden seien. Wenn man hier einen Weg ausbilde, sei es eine Schwierigkeit, was die Wurzelbereiche angehe. Hier müsse man von der Belagswahl her

Protokoll zu

TOP 3: Bebauungsplan "Östlich der Westmarkstraße zwischen Ostmarkstraße und Am Rainle, Karlsruhe-Durlach", Änderung städtebauliches Konzept

Blatt 2

aufpassen und dies müsse relativ naturnah bleiben und könne allenfalls eine wassergebundene sein. Man habe sich dies nie als gepflastert oder asphaltiert vorgestellt, sondern es solle dazu dienen, dass die Angrenzenden eine Möglichkeit haben, hier einen Alternativweg zur Westmarkstraße zu haben, die vom Querschnitt relativ eng sei. Hier solle man auch das Naturerlebnis der Stegwiesen haben. Deshalb sei es wichtig, einen entsprechenden Ausbau dieser Wegeverbindung herzustellen.

Das städtebauliche Konzept sei auch in der Vorlage drin gewesen. Aus den genannten Gründen habe man ein Alternativkonzept entwickelt, das eine sehr gute Chance biete trotz dem Wunsch der Bürger, der im Bürgerdialog herauskam, dass sie gerne einen kleinen Dorfplatz im Bereich der Stegwiesen haben werden, dass dieser angebunden werde von der Westmarkstraße, eine Durchbindung nördlich des historischen Rathauses. Exemplarisch habe man auf der Präsentation kleine Zelte und Bierbänke für ein kleines Dorffest skizziert. Auf dieser Fläche könne man auch gut 18 Stellplätze unterbringen und man habe die Möglichkeit, im Zusammenhang mit dem historischen Rathaus und der historischen Schule – hier sei man auch im Gespräch mit den Grundstückseigentümern – um hier eine öffentliche Fläche herzustellen, die eine Qualität habe und auch eine Verknüpfung dieses Identifikationspunktes darstellen könne, der es für die Bürgerschaft auch sei. Dies sei der Vorschlag des Stadtplanungsamtes an das Gremium, dass man hier gerne das städtebauliche Konzept für die Weiterführung des Bebauungsplanes zugrundelegen könne. Dass man die Fläche switche, da man hier die Gewährleistung einer mittelfristigen Umsetzbarkeit sehe. Man komme nicht weiter, wenn man einen Bebauungsplan mache, bei dem die Umsetzung noch in weiter Ferne stehe. Man wolle möglichst zeitnah etwas für die Bürgerschaft erreichen und das Thema Dorfplatz bzw. multifunktionaler Platz und Stellplatzfläche, die auch dringend benötigt werde in Aue, voranbringen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Frau Rosenberg für die Ausführungen.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sicherlich sei man mit der neuen Planung ein stückweit weg von der ursprünglichen Planung und damit eigentlich vom Idealfall aus der Planung von vor knapp zwei Jahren. Seine Fraktion stelle mit Bedauern fest, dass die Grundstücke von den Privateigentümern nicht zu erwerben seien, müsse dies allerdings respektieren, so dass nun diese neue Planung als solches vorliege. In Anbetracht dessen sei klar, der Weg als solches sei sicherlich, weiter fortführend zu planen und nicht aus dem Auge zu lassen. Die vorhin angesprochenen Grundstücke der Gärtnerei, die 179 und 178, vielleicht doch erwerben zu können, wenn auch in etwas weiter fortgerückter Zukunft, und

Protokoll zu

TOP 3:

Bebauungsplan "Östlich der Westmarkstraße zwischen Ostmarkstraße und Am Rainle, Karlsruhe-Durlach", Änderung städtebauliches Konzept

Blatt 3

letztendlich den Lückenschluss zwischen der Gestaltung hinter dem alten Rathaus und dem Weg als solches dann verwirklichen zu können. Von seiner Fraktion erfolge ein Statement dahingehend, diese Fortführung des städtebaulichen Konzeptes in seiner Planung weiterzuführen.

OR Bruker (AfD) hat sich die Unterlagen ausführlich angesehen. Ihm komme der Verdacht, wenn er sich die Vorentwürfe von 2018 ansehe, dass es in erster Linie um die Schaffung eines Parkplatzes, also um Flächenversiegelung gehe, um 20 Pkws irgendwo hinstellen zu können. Er wolle grundsätzlich sagen, dass die AfD Durlach jegliche Bestrebungen ablehne, die dahin gehen, in den Stegwiesen und anderen Grünflächen Durlachs und Aues Nachverdichtung zu betreiben, die nicht aus ihrer Sicht dringend anstehe. Der geplante Parkplatz von 500 m² Fläche bedeute aus Sicht der AfD Durlach unnötige Flächenversiegelung in einem schönen Wiesen-Garten-Gebiet. Er sei gestern noch einmal dort gewesen, sei durchgelaufen. Dort sei bis jetzt Wiese und Gestrüpp etc. Diese Gärtnerei stehe auch noch da. Er wisse gar nicht, wie man auf die Idee kommen könne, diese abzureißen und dort einen neuen Parkplatz zu machen. Die AfD Durlach lehne dies grundsätzlich ab und habe auch die Sorge, wenn dort jetzt ein Weg durchgeteert werden solle, dass eine Art Türöffner geschaffen werden solle und in zukünftigen Bauanträgen werde der nächste Parkplatz und die nächste 500 m² Fläche zugepflastert. Dies lehne man grundsätzlich ab.

Frau Rosenberg (Stadtplanungsamt) das Thema Dorfplätzchen habe eine lange Geschichte. Es wurde im Rahmen des Bürgerdialogs entwickelt. Der Wunsch sei von der Bürgerschaft da gewesen, um diese Stegwiesen erleben zu können, diese Durchwegung herzustellen, den Dorfplatz zu haben, an dem man kleinere Dorffeste haben könne. Dies habe nichts mit dem Thema Festplatz und überlokal wirkende Festivitäten zu tun, sondern lediglich, dass sich hier die Auemer Dorfgemeinschaft treffen könne. Man habe versucht, dies umzusetzen und finde diese Stelle hinter dem rückwärtigen Bereich hinter historischem Rathaus und Grundschule sei ein Identifikationspunkt. Man sehe wirklich die Chance, da hier die Verkaufsbereitschaft bestehe, dass man dies an der Stelle umsetzen könne.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag. Er wolle auf einen Punkt direkt eingehen und schaue da auf den Vorsitzenden der Bürgergemeinschaft Durlach und Aue, der in der Besucherreihe sitze. Rückmeldung aus dem Bürgerverein: Grundsätzlich sei der Bürgerverein Durlach und Aue nicht gegen diese Planung? Die ideale Planung sei besser gewesen. Frau Rosenberg habe erklärt, warum dies nicht möglich sei. Es seien aber auch Fragen aufgetaucht. Dieser angedeutete Parkplatz mit den Zelten sei in der Entwicklung - sie habe es auch gesagt - gewollt. Es sei ein Bereich, um den histo-

Protokoll zu

TOP 3: Bebauungsplan "Östlich der Westmarkstraße zwischen Ostmarkstraße und Am Rainle, Karlsruhe-Durlach", Änderung städtebauliches Konzept

Blatt 4

rischen Auemer Aufenthaltsplatz zu erhöhen. Sichergestellt müsse werden, dass dieser Parkplatz kein wilder Parkplatz sei oder gar ein Parkplatz des geplanten Neubaus sei, sondern, dass dies ein Platz sei, der wirklich benutzt und belebt werden könne. Dies sei auch das Interesse der Bürgergemeinschaft, dass dies ein wirklicher Gemeinschaftsplatz sei und nicht später ein Abstellplatz. Auch die Verlagerung des Weges durch die Stegwiesen sei ideal gewesen, wenn die ursprüngliche Planung mittendurch gehe. Aber wenn das eine wassergebundene Versiegelung am Rande sei und diese auch erkennbar sei, sei es besser als gar keine Verbindung, denn auch diese wurde immer wieder gewünscht. Grundsätzlich daher von seiner Fraktion eine vorsichtige Zustimmung, keine Ablehnung. Man werde sehen, dass eine gewisse Entwicklung hier noch stattfinden müsse. Es sei nicht das Ende, sondern man sei am Anfang einer neueren Planung.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) findet den Plan grundsätzlich gut. Er habe gehört, dass das alte Rathaus umgebaut werde und dort eventuell neue Bereiche hineinkommen, vielleicht zum Teil oben Vereinsheime. Die Frage stelle sich, wo die Leute, die das alte Rathaus besuchen wollen, parken? Vielleicht könne Frau Rosenberg etwas zum Umbau des alten Rathauses sagen, was dort vorgesehen sei?

Frau Rosenberg (Stadtplanungsamt) ihr liegen konkret keine Planungen für den Umbau des alten Rathauses vor. Dieses gehöre der Volkswohnung. Diese sei dabei, ein Modernisierungskonzept zu erstellen. Was dort genau in Zukunft stattfinden könne, könne sie heute nicht sagen. Es bestehe aber durchaus die Möglichkeit, dass sich dieser Bereich entwickle. Die AWO, die mit dem Kinderhaus hinten drin sei, habe auch ein Sanierungskonzept aufgestellt und sei mit dem Stadtplanungsamt in der Abstimmung über Fördermöglichkeiten, die man auch mit dem Regierungspräsidium noch einmal abklären müsse. Man sehe an dieser Stelle eine große Chance. Die Parkplätze müssten dann in dem Hof hinter dem alten Rathaus sein oder könnten gegebenenfalls je nach Nutzung in dem historischen Rathaus vielleicht auch auf dieser vorgesehenen Parkierungsfläche ausgewiesen werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) findet es sinnvoll, wenn das Stadtamt Durlach mit der Volkswohnung als Eigentümerin Kontakt aufnehme und ins Gespräch gehe, was dort geplant sei oder auch, was der Ortschaftsrat sich dort vorstellen könne. Dies würde sie mitnehmen für das nächste Gespräch mit der Geschäftsführung der Volkswohnung.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für die Vorstellung der überarbeiteten Pläne. Dieses Projekt habe ja schon eine ziemlich lange Historie und sei

Protokoll zu

TOP 3: Bebauungsplan "Östlich der Westmarkstraße zwischen Ostmarkstraße und Am Rainle, Karlsruhe-Durlach", Änderung städtebau-

liches Konzept

Blatt 5

auch im Prozess des Sanierungsgebietes Aue intensiv mit den Bürgerinnen und Bürgern von Aue diskutiert und besprochen worden. Man respektiere auch den Wunsch und das Ergebnis, was mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wurde. Es sei schade, dass sich der Ursprungsplan nicht umsetzen lasse. Man gehe nun davon aus, dass die Bemühungen des Liegenschaftsamtes intensiv und zielgerichtet gewesen seien. Man könne nicht immer davon ausgehen, dass es zum Erfolg führe. Dies müsse man einfach so akzeptieren. Nun habe man hier eine Neuplanung vorliegen. Diese sehe an sich ganz charmant aus, trage den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung. Man sei auch in der Rücksprache mit den Beteiligten an diesem Beteiligungsprozess auf die Fragen gestoßen worden, was denn eigentlich mit diesem Parkplatz sei. Drohe die Gefahr, dass er a) für die Bewohner der Neubauten, die dort wohl geplant seien, genutzt werden könne? Hier bestehe die Sorge, dass dies so ein kleiner "Deal" sei, man mache noch ein paar Parkplätze hin und dafür werde noch investiert für die Häuser, eine sogenannte Win-Win-Situation. Dies sei das eine, das seiner Fraktion rückgespiegelt wurde. Es tauche die Frage auf, was in den Plänen die kleinen Häuschen seien. Dies wurde nun im Vortrag erläutert, dass es sich um Zelte, Pavillons handle, um dort kleine Fest abhalten zu können. Aber nun komme er zum Grünen Ur-Thema. Parkplätze seien natürlich nicht unbedingt das innovativste Instrument, um auch einen Verkehrswechsel einzuleiten. Herr OR Malisius habe schon darauf angesprochen, wo denn die Menschen parken, die mit dem Auto dort hinkommen? Es wäre toll, wenn diese erst gar nicht mit dem Auto dort hinkämen, aber bei dem Wissen, dass es dort Parkplätze gebe, seien sie natürlich mit dem Auto da. Er akzeptiere auch den Zwiespalt, dass in Aue aufgrund der Umstrukturierung und der Sanierung von Straßenfläche auch Parkfläche wegfalle. Aber man könne es etwas leichter machen, wenn man diese Parkplätze auch für E-Mobilität nutzen könne. Auch die Thematik Carsharing könne dazu dienen, den Bedarf von Mobilität vom eigenen Auto wegzubringen. Dass man da dann Parkfläche rechnen könne, damit würde seiner Fraktion bei dem Thema schon etwas geholfen sein.

Frau Rosenberg (Stadtplanungsamt) antwortet, dass sie das auf jeden Fall in das weitere Verfahren mitnehmen werde. Es gebe auch eine neue Möglichkeit, dass man Carsharing-Parkplätze jetzt mit festsetzen könne. Hier müsse man natürlich prüfen, wenn man das als multifunktionale Fläche vorrangig sehen wolle. Da man auch Dorffestchen darauf abhalten wolle, müsse es natürlich auch eine leichte Modifizierbarkeit vorhandener Stellplätze sein. Wenn man diese dann wirklich als Carsharingplätze festlege und ein Dorffest machen wolle, wisse sie nicht, ob sich dies "beiße". Dies müsse man im weiteren Verfahren klären. In der Festsetzung für den Bebauungsplan sei ganz klar geregelt, dass die neu entstehenden Wohnhäuser ihre Stellplätze auf eigenem Grundstück umsetzen müssen. Dies gelte für jeden. Für jede Wohneinheit müsse ein Stellplatz auf dem

Protokoll zu

TOP 3:

Bebauungsplan "Östlich der Westmarkstraße zwischen Ostmarkstraße und Am Rainle, Karlsruhe-Durlach", Änderung städtebauliches Konzept

Blatt 6

Grundstück nachgewiesen werden. Dies sei als Parkierungsfläche gedacht für die entfallenden Plätze, die in der Westmarkstraße durch die Umgestaltung generiert würden. Herr Schwartz vom Stadtplanungsamt habe das vorgestellt, dass man in der Grenzstraße alternativ Stellplätze schaffe und dann sei eben noch die Möglichkeit, hier in diesem rückwärtigen Bereich für die Angrenzer nochmal Stellplätze zu haben. Die notwendigen Stellplätze bei Neubauten oder Änderungen von Nutzungen müssen auf den jeweiligen Grundstücken nachgewiesen werden. Das Stadtplanungsamt sei natürlich interessiert am Verkehrskonzept, Mobilitätskonzept, da sei dieses Thema E-Mobilität, Carsharing immer mit dabei und da werde man auf jeden Fall im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens mit den Festsetzungen in der Begründung darauf eingehe.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) ihm seien anhand der Pläne ein paar Dinge nicht ganz klar, auch anhand der Ursprungspläne. Er glaube, nicht der einzige in seiner Fraktion gewesen zu sein, der dem Irrtum aufgesessen sei, der ursprüngliche Durchweg – so habe er es in Erinnerung – habe es damals geheißen, sei schon in Händen der Stadt. Wenn man nun auf den Plan sehe, gebe es dort bald 15 bis 16 Eigentümer. Da sei es schon fast blauäugig gewesen, zu glauben, dass alle diesen Grund und Boden abgeben. Wenn er den jetzigen Plan ansehe und die Grundstücksgrenzen vergleiche, dann sehe es so aus, als ob die Zuwegung zu diesem Platz nach hinten auf aktuellem Privatgelände läge. Dies bedeute, auch dies sei unklar, ob man überhaupt in den Besitz dieses Grundstücks komme, dieses Platzes und dieser Zufahrt. Wenn man ihm noch eine Anmerkung erlaube: Was ihm gar nicht gefalle sei, dass dort überhaupt Autos stehen müssen. Wenn man Platz für die Bürger brauche, könne er nicht verstehen, warum da unter dem Jahr auch noch Autos parken müssen. Zumal die Autos, wenn er sich den aktuellen Plan ansehe, dann unmittelbar neben dem Freigelände des Kindergartens parken. Diese Ein- und Ausparkvorgänge über diese enge Zufahrt und dann auch die Emissionsentwicklung dort in unmittelbarer Nähe des Kindergartenspielplatzes finde er persönlich ziemlich unglücklich.

Frau Rosenberg (Stadtplanungsamt) antwortet, hier sei noch einmal die Zuwegung von der Westmarkstraße dargestellt. Es gehe hier über eine private Grundstücksfläche aber mit beiden Grundstückseigentümern bzw. mit interessierten Investoren sei man im Gespräch gewesen. Da bestehe von beiden Eigentümerparteien eine Entwicklungsabsicht. Dies sehe man als Chance, hier im Gespräch mit den jeweiligen Käufern über das Thema – man habe als Stadt ja das Recht, das Vorkaufsrecht im Sanierungsgebiet auszuüben oder mit den Käufern eine Abwendungsvereinbarung zu schließen, um die Entwicklung dieses Bereichs gestalten und entsprechend vorgeben zu können. Ein weiteres Instrument sei der Bebauungsplan, den man habe. Aufgrund dieser Entwicklungsabsich-

Protokoll zu

TOP 3:

Bebauungsplan "Östlich der Westmarkstraße zwischen Ostmarkstraße und Am Rainle, Karlsruhe-Durlach", Änderung städtebauliches Konzept

Blatt 7

ten, die der Stadt bekannt seien, dies nicht erst seit gestern, sondern seit drei Jahren, dass hier tatsächlich Interesse bestehe, diese Grundstücke zu entwickeln, sehe man die Chance, dass man das auch in eine Umsetzung bekommen könne. Deshalb der Vorschlag, von der Westmarkstraße über dieses private Grundstück die Erschließung des multifunktionalen Platzes anzugehen. Wie gesagt, die andere Planung sei immer der Idealfall gewesen, dass man gesagt habe, hier auf dieser Fläche im rückwärtigen Bereich der Feuerwehr, da sei vor drei Jahren das Signal da gewesen, dass eine Verkaufsbereitschaft gegebenenfalls da sei. Deshalb habe man gesagt, dies sei die ideale Fläche, diese sei teilweise versiegelt, da könne man eine Entwicklung anstreben. Das habe leider nicht geklappt und hier seien nun die Perspektiven eindeutiger und klarer, so dass man gesagt habe, man würde es dann gerne an dieser Stelle umsetzen. Dies, um den Grundgedanken umzusetzen, der aus dem Bürgerdialog gekommen sei, den Wunsch nach dem Dorfplatz und der Parkierung. Die Leute haben Angst, wenn die Straßen umgestaltet würden, dass die Parkierungssituation sich noch einmal weiter verschärfe. Über das Stellplatzkonzept, das Herr Schwartz auch schon einmal vorgestellt habe, seien einfach nochmal Ausweisflächen notwendig, damit hier Stellplätze angeboten werden können.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, ruft sie zur Abstimmung auf. Der Ortschaftsrat sei gebeten worden, dies zur Kenntnis zu nehmen und zu empfehlen, die weitere Planung und die weiteren Verfahrensschritte fortzuführen.

Nein-Stimmen 1 Ja-Stimmen 20 Enthaltung -

Mehrheitlich zugestimmt.

Protokoll zu

TOP 4:

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchentaste)

Beschlussvorlage: 2020/0514

hierzu:

Ergänzungsantrag zu TOP 4, Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchen taste)

Ergänzungsantrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen: 06.05.2020

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 4, Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchentaste), sowie hierzu Ergänzungsantrag zu TOP 4, Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchentaste), Ergänzungsantrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 06.05.2020, auf. Man habe sich vorberaten, in welcher Reihenfolge man abstimmen wolle. Die Verwaltungsvorlage, die Satzung über die Änderung der Parkgebühren (Abschaffung der Brötchentaste) sei auch in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden der weitreichendste Antrag bzw. die Verwaltungsvorlage mit der größten Wirkung. Deshalb werde man zuerst diese abstimmen und den CDU-Antrag, so habe man dies auch in Absprache gesehen, sei eine Ergänzung.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) führt aus, dass man über die Brötchentaste schon viele Worte gewechselt habe. Er wolle vorausschicken, dass man natürlich auch das Ergebnis der Gemeinderatssitzung in Karlsruhe zur Kenntnis genommen habe und es stehe auch nicht in der Absicht seiner Fraktion, diesen Mehrheitsbeschluss zu torpedieren. Dies wolle man nicht. Aber in der jetzigen Situation sehe man diesen Ergänzungsantrag als ein wichtiges Zeichen an den Handel, die Dienstleister und die Gastronomie, jetzt in den B-Zentren, dass das Wort Hilfe keine leere Worthülse sei, sondern man jetzt aus dem Ortschaftsrat den wirklich gebeutelten Unternehmen mit einer Maßnahme helfen könne. Dies mit ganz wenig bzw. gar keinem Aufwand, da bezüglich der Brötchentaste schon alles installiert sei. Das Ganze müsse lediglich verlängert werden. Dies vor dem Hintergrund, dass – jeder konnte es lesen, jeder spüre es auch – es in der heutigen Zeit für sehr, sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger schwierig sei, mit Bussen und Bahnen in diese B-Zentren zu fahren, da sie einfach Angst haben, sich anzustecken. Dies sei durchaus verständlich und somit bekomme das Auto einen ganz anderen Stellenwert, als noch vor drei Monaten. So einfach müsse man dies sagen. Deswegen denke seine Fraktion, dass es wichtig sei, vielleicht einmal über seinen eigenen Schatten zu springen, obwohl die Grundüberzeugung eigentlich eine andere sei. Er wisse, dies sei schwierig, aber er denke, dies sei ein Zeichen nach außen, dass man tatsächlich jetzt etwas unternehme. Er sage noch einmal, für seine Fraktion sei dies temporär begrenzt bis dahin, bis

Protokoll zu

TOP 4:

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchentaste)

Beschlussvorlage: 2020/0514

hierzu:

Ergänzungsantrag zu TOP 4, Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchen taste)

Ergänzungsantrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen: 06.05.2020

Blatt 2

man sagen könne, die Krise sei soweit vorbei. Dann sei seine Fraktion die allerletzte, die nicht akzeptiere, was der Gemeinderat beschlossen habe. Er wolle dies in aller Deutlichkeit noch einmal sagen.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) antwortet, dass die Brötchentaste Dauerbrenner im Durlacher Ortschaftrat sei. Man könne manchmal meinen, dass es sonst kaum noch kommunalpolitische Themen gebe. Um das Abstimmungsverhalten und auch das, was vorher gewesen sei, klarzustellen: Man kenne jetzt die Gebührenhöhe. Bei 50 Cent glaube er, sei es vertretbar. Strafgebühren, wie sie teilweise auch angeklungen seien, werden hier nicht erhoben. Von daher gesehen könne seine Fraktion, so wie der Gemeinderat es auch tendenziell beschlossen habe, der Satzung zustimmen. Gleichzeitig wolle man aber zum Ausdruck bringen, dass die Einnahmen aus diesen Parkgebühren in Durlach bleiben sollen und es bitte darum, dass sich das Stadtamt – er denke, dass da vom Denken her die gleiche Tendenz herrsche – in den Gesprächen mit der Verwaltung dafür einsetze, dass dies so bleibe. Beim Ergänzungsantrag der CDU sei zu berücksichtigen, dass das Inkrafttreten der Satzung am 01.07. sein solle. Da müsse man sehen, inwieweit sich der Antrag dann auch schon erledigt habe. Aber dies sei eine Sache, die den Antragsteller betreffe und vielleicht könne dieser da auch seinen Antrag entsprechend präzisieren.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) antwortet Herrn OR Griener, dass sie das Anliegen seiner Fraktion verstehe und es irgendwo nachvollziehen könne. Aber es sei kein Schatten, über den ihre Fraktion als Grüne springen müsse. Sondern man glaube, dass sich die grundsätzlichen Argumente gegen die Brötchentaste natürlich auch mit der Corona-Krise nicht erledigt haben. Es gebe nach wie vor keine ernstzunehmende Studie, die wirklich substantielle Einnahmen, Mehreinnahmen beim lokalen Handel durch das Aufstellen einer Brötchentaste belegen. Es gebe allerdings die Studie von Herrn Dr. Monheim, die belege, dass der Einzelhandel systematisch den Anteil der autofahrenden Kunden am Gesamtumsatz überschätze. Deshalb frage ihre Fraktion sich, was der Beitrag tatsächlich sein solle, den die Brötchentaste zu leisten habe, um jetzt den Wortlaut des CDU-Antrags aufzugreifen. Was sich aber tatsächlich durch die Corona-Krise verändert habe, sei die wirklich extrem schwierige Situation für den Einzelhandel

Protokoll zu

TOP 4:

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchentaste)

Beschlussvorlage: 2020/0514

hierzu:

Ergänzungsantrag zu TOP 4, Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchen taste)

Ergänzungsantrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen: 06.05.2020

Blatt 3

und dies tue allen weh und sie glaube auch, dass hier alle ran müssen. Nur glaube ihre Fraktion nicht, dass dies mit dem Ergänzungsantrag der richtige Weg sei. Wenn man überlege, dass dem Haushalt der Stadt Karlsruhe durch die Brötchentaste jährlich für Durlach irgendeine Summe zwischen 120.000,00 Euro und 150.000,00 Euro entgehen und die Stadt auf der anderen Seite im Augenblick sehr viele Mehrausgaben habe, aber dafür weniger Einnahmen – dann glaube ihre Fraktion, es sei töricht, auf diese Einnahmen im Moment zu verzichten. Ihre Fraktion glaube, dass das Geld viel besser angelegt sei bei tatsächlich gezielten Maßnahmen, für den lokalen Einzelhandel – und da müsse sie sich Herrn OR Dr. Rausch anschließen – einzusetzen und darauf zu achten, dass das Geld tatsächlich in Durlach im B-Zentrum dafür ausgegeben werde.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) vorab die Information, dass die Zielgemeinschaft aus FDP für Karlsruhe und Freie Wähler Karlsruhe den Antrag der hier ähnlich von der CDU gestellt werde, im Gemeinderat hatten, dieser aber nicht auf die Tagesordnung gekommen sei. Daher sei sein Verhalten heute klar, dass er den Antrag der CDU unterstützen werde und als Kritiker der Abschaffung der Brötchentaste auch die Verwaltungsvorlage ablehnen müsse. Noch zwei ergänzende Sätze, um es kurz zu machen: Was Corona und die öffentliche Ausarbeitung geschafft haben sei, Ängste zu schaffen und die Wirtschaft gegen die Wand zu fahren. Dies sei seine Wahrnehmung und dies sei wahrscheinlich auch in den Zahlen, die man habe, klar. Die ÖPNV sei fast tot. Heute könne man in den Wagen Golf spielen – es fahre niemand mehr, weil man einfach Angst habe, was vielleicht auch gar nicht begründet sei, er sei kein Fachmann. Aber diese Ängste gingen weiter und auch in den Einzelhandel. Trotz teilweiser Öffnung und immer weiterer Öffnung, habe es der Einzelhandel nicht geschafft, annähernd an die Zahlen zu kommen, die man vor der Corona-Krise gehabt habe. Viele Geschäfte werde es nicht mehr geben nach dieser Krise. Ob jetzt die kostenlosen Parkplätze etwas bringen und wiederbeleben wisse er nicht. Aber psychologisch bringe es diesen Stadtteilen wohl etwas. In vielen Gesprächen, die er geführt habe, fühlen sich die B-Zentren durch diese Brötchentaste in Konkurrenz. Ob dies nachher zahlenmäßig belegbar sei, wisse er nicht. Aber er denke, für das B-Zentrum Durlach und auch für Mühlburg sei es ein klares Zeichen, es sei anfahrbar. Der Ergänzungsantrag der CDU sage auch, es solle keine Dauerlösung sein, daher sehe er es als psychologische Lösung, die Stadtteile zu unterstützen. Alle hoffen,

Protokoll zu

TOP 4:

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchentaste)

Beschlussvorlage: 2020/0514

hierzu:

Ergänzungsantrag zu TOP 4, Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchen taste)

Ergänzungsantrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen: 06.05.2020

Blatt 4

dass der Spuk Corona ein gutes Ende nehmen werde und man irgendwann wieder dahin komme, ÖPNV hochzufahren und den Einzelhandel auch. Ihm tue es leid, dass viele Einzelhändler, Freischaffende usw. diese Krise nicht überstehen werden.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich auch bei Herrn OR Wenzel für die Erwähnung des gemeinsamen Antrags im Gemeinderat, der dort abgesetzt wurde, nicht verhandelt wurde. Deshalb sei er umso dankbarer, dass die CDU hier für Durlach einen gleichlautenden Antrag erneut gestellt habe, dem seine Fraktion selbstverständlich zustimme. Er werde auch die Satzungsänderung ablehnen, denn man stehe heute zum Einzelhandel in Durlach, wie man auch während des Wahlkampfes zu ihm gestanden habe und wie man auch im Februar zu ihm gestanden habe. Die Brötchentaste sei ein nur minimaler Anteil aber eigentlich genau das richtige Zeichen jetzt. Hier in Durlach habe man einen Ortschaftsrat, wo man eine Stimme habe, wo der Einzelhandel - er sei selbst auch Einzelhändler - eine Stimme habe. Die Kollegen in Mühlburg haben dies nicht, dort gebe es keinen Ortschaftsrat. Deshalb wolle man hier als FDP ein Zeichen setzen für den Einzelhandel, dazu gehöre die Brötchentaste. Man könne gerne über ökologische Komponenten sprechen, man könne gerne über eine Förderung des Nahverkehrs sprechen – aber jetzt sei Zeit, zu handeln. Der Einzelhandel liege am Boden und die Brötchentaste sei das Signal, das man für Durlach und für Mühlburg brauche.

OR Ginder (Die Linke) gibt zu bedenken, das Geld könne nur an einer Stelle ausgegeben werden. Wenn auch die Unternehmen davon profitieren würden, deren Kunden nicht innerhalb von 30 Minuten ihren Einkauf abschließen können und wieder in ihrem Auto sitzen, dann wäre das wesentlich fairer. Man solle sich nichts vormachen: Die Brötchentaste wieder einzuführen oder zu behalten, rette ja nicht das B-Zentrum vor den Auswirkungen der Corona-Krise. Mit dem Geld, das Durlach zur Verfügung hätte, wenn die Brötchentaste nicht mehr da sei, ließe sich wesentlich gezielter auf die tatsächlichen Auswirkungen der Krise eingehen und wesentlich gezielter die Unternehmen unterstützen, die tatsächlich Probleme haben. Anstatt mit der Gießkanne über alle drüber zu gehen, wo einige schon strukturell nicht davon profitieren, mit einer unklaren Auswirkung dieser Maßnahme auf die Wirtschaft, halte sie es für total töricht, die Brötchentaste an der Stelle abzuschaffen und dieses Geld nicht zur Verfügung zu haben, um anschließend gezielt und wirkungsvoll zu helfen, wo man es auch nachweisen könne.

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4:

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchentaste)

Beschlussvorlage: 2020/0514

hierzu:

Ergänzungsantrag zu TOP 4, Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Abschaffung der Brötchen taste)

Ergänzungsantrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen: 06.05.2020

Blatt 5

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich. Sie habe keine weiteren Wortmeldungen, so dass man zur Abstimmung kommen könne. Sie habe es schon gesagt, man stimme zunächst den Satzungsentwurf ab.

Ja-Stimmen 12 Nein-Stimmen 9 Enthaltung -

Somit sei der Änderung der Satzung zugestimmt.

Nun komme man zum Ergänzungsantrag der CDU-OR-Fraktion, diesen Beschluss der Änderung temporär auszusetzen, ohne dass es ein konkretes Datum gebe.

Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen 11 Enthaltung -

Der Ergänzungsantrag sei somit abgelehnt.

Protokoll zu

TOP 5: Verbesserung der Sichtbeziehungen in den Kurvenbereichen bei niveaugleichem Ausbau des Verkehrsraums

Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen: 16.01.2020

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 5, Verbesserung der Sichtbeziehungen in den Kurvenbereichen bei niveaugleichem Ausbau des Verkehrsraums, Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am 16.01.2020, auf.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) hat die Stellungnahme sehr aufmerksam gelesen, die nun vier Monate nach Antragsstellung vorliege. Er sei ehrlich gesagt ein bisschen überrascht gewesen, weil er argumentiert habe, dass die Flächen gerade nicht zur Verfügung stünden, unter anderem für Sichtbeziehungen und weiteres. Deswegen könne er den ersten Teil der ergänzenden Erläuterungen nicht nachvollziehen. Um es an dieser Stelle relativ kurz zu halten: Er würde vorschlagen, vielleicht mit Vertretern des Stadtplanungsamtes eine Ortsbegehung zu vereinbaren, wenn das Stadtamt das vielleicht koordinieren könne, wäre er sehr dankbar. Und danach dann die Verweisung in den Ausschuss II, wie vorgeschlagen. Er denke, dies sei am zielführendsten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man dies so machen werde.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 6: Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches der Erhaltungssat-

zung für die Altstadt Durlach

Antrag SPD-OR-Fraktion, eingegangen am: 02.02.2020

Vorlage: 2020/0373

hierzu:

Milieu im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung für die Altstadt

Durlach

Anfrage SPD-OR-Fraktion und Ortschaftsrätin Ginder, eingegangen am:

21.02.2020

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 6, Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches der Erhaltungssatzung für die Altstadt Durlach, Antrag SPD-OR-Fraktion, eingegangen am 02.02.2020, und hierzu Milieu im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung für die Altstadt Durlach, Anfrage SPD-OR-Fraktion und Ortschaftsrätin Ginder, eingegangen am 21.02.2020, auf. Eine Anfrage, die man nun noch einmal mit dazugenommen habe, da sie zu dem Antrag passe.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) für die Antragsteller sei man sehr über die Stellungnahme der Stadtverwaltung erfreut, dass diese erkannt habe, dass es doch noch weitere Bereiche gebe, an die man vorher noch nicht gedacht habe, die man in die Erhaltungssatzung einbeziehen solle. Es sei nachvollziehbar, dass man sage, diesen Bereich rund um die Liebensteinstraße und Alte-Weingartener-Straße mit den Jugendstilgebäuden könne man in einen Bereich fassen, absolut vernünftig. Wie gesagt, seine Fraktion freue sich, es gehe schlichtweg darum, alte historische Gebäude zu schützen, die sehr, sehr alt seien. Man würde sich freuen, wenn es erstens der Ortschaftsrat genau so sehe und zweitens wenn es dann auch schnell umgesetzt werden könne. Man habe immerhin einen Aufstellungsbeschluss schon vom 14. Mai 2019. Dabei gehe man davon aus, dass diese Erhaltungssatzung, die in ihrem Textteil und auch in der Begründung nicht allzu schwierig sein sollte, im Jahr 2020 auch satzungsreif sein müsste. Insbesondere, weil sogar in der Vorlage der Verwaltung stehe, finanzielle Auswirkungen: keine. Insofern bitte er um Zustimmung.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) hat zwei Fragen, die eher weniger an die Verwaltung gehen, sondern in Richtung Antragsteller. Was ihm nicht ganz klar sei, gerade das Gebiet in der Alten-Weingartener-Straße, die meisten kennen die schönen Häuser, die dort stehen, dies seien aber nicht die einzigen. Mache man nun alle sechs Monate einen Antrag auf Erhaltung? Denn mit den ganzen Villenvierteln am Turmberg, da sei ein Haus schöner wie das andere, aus einer ähnlichen Zeit. Was sei mit den Jugendstilhäusern im Gebiet Pestalozzischule? Es sei ihm nicht ganz klar, wie der Weg da sei. Bei dem Zusatzbeitrag könne er sich nicht wirklich etwas darunter vorstellen, was der Antragsteller meine. Was sei eine Luxussanierung, was verstehe man darunter? Dies sei nicht wirklich erläutert.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 6: Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches der Erhaltungssat-

zung für die Altstadt Durlach

Antrag SPD-OR-Fraktion, eingegangen am: 02.02.2020

Vorlage: 2020/0373

hierzu:

Milieu im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung für die Altstadt

Durlach

Anfrage SPD-OR-Fraktion und Ortschaftsrätin Ginder, eingegangen am:

21.02.2020

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass die zweite Frage eher an den Antragsteller gerichtet sei. Zu der ersten Frage könne sie etwas sagen. Ob man über ein Gebiet eine Erhaltungssatzung mache, sei immer eine Entscheidung im Einzelfall. Man könne natürlich auch zu der Entscheidung kommen, über Villen auf dem Turmberg eine Erhaltungssatzung zu legen.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) hält es für sinnvoll, den Antrag separat zu behandeln und dann die Anfrage, da diese auch unterschiedliche Folgen erzeugen. Über den Antrag müsse man beschließen. Wenn jetzt jemand aus diesem Kreis noch eine andere Erhaltungssatzung aus einem anderen Bereich in Durlach favorisiere, stehe es ihm natürlich frei, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Wenn die Argumente gut seien, werde sich seine Fraktion dem auch nicht verschließen. Aber es gehe jetzt erst einmal um den Schutz der Altstadt und dies sei auch schon auf den Weg gebracht. Deshalb wolle seine Fraktion dies natürlich auch inhaltlich ergänzen – darum gehe es eigentlich.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ergänzt, dass die Anfrage hier im Tagesordnungspunkt mit aufgerufen sei. Die Anfrage gehöre dazu, man könne fragen, aber es gebe keine Beschlussfassung. Hinsichtlich des Antrags sei man aufgefordert, denn dem Antrag sei im Wesentlichen stattgegeben. Man sei als gesamtes Gremium aufgefordert zu sagen, stimme man dem dort vorgeschlagenen grundsätzlich weiteren Vorgehen zu. Dies sei die Frage an das Gremium.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sicherlich könne man überall eine Erhaltungssatzung und derer vieler Satzungen auch immer auflegen. Aber er glaube, das Entscheidende sei, dort wo es Sinn mache – an Herrn OR Köster gerichtet – solle man das dann auch tatsächlich tun. So wie im Antrag der SPD aufgeführt sei er der Meinung, dass es an dieser Stelle explizit auch Sinne mache, weil es nichts anderes sei als eine Erweiterung der schon auf den Weg gebrachten Erhaltungssatzung, um letztendlich dann auch das über die Altstadt Durlachs hinausgehende schützenswerte Ensemble im Gesamten hineinzubeziehen. In der Tat, mit der Anfrage der Linken könne er überhaupt nichts anfangen. Er habe so die leise Vermutung, dass es etwas wie eine Abschrift sei von der Geschichte,

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 6: Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches der Erhaltungssat-

zung für die Altstadt Durlach

Antrag SPD-OR-Fraktion, eingegangen am: 02.02.2020

Vorlage: 2020/0373

hierzu:

Milieu im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung für die Altstadt

Durlach

Anfrage SPD-OR-Fraktion und Ortschaftsrätin Ginder, eingegangen am:

21.02.2020

Blatt 3

die im Gemeinderat vollzogen werden solle mit einer Milieuschutzsatzung aus der Südstadt. Er glaube, diese sei für Durlach absolut nicht übertragbar.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) die Anfrage lasse er außen vor. Zum Antrag gebe er Herrn OR Dr. Rausch Recht, wenn man Gebiete bestimme, die man als erhaltungswürdig sehe, mache es natürlich Sinn, hier darüber zu sprechen. Er finde den Antrag gut, denn dieses Gebiet mache auch Sinn. Man werde auch über andere Gebiete sprechen müssen, doch müsse man sich klar sein, dass es hauptsächlich um die Altstadt gehe und man müsse auch mit der Zeit leben. Die Veränderung sei die einzige Konstante im Leben und auch der Baustil und die Formen werden sich verändern. Man werde nicht alles schützen können und man wolle auch nicht alles schützen, denn der Baustil werde in 150 Jahren ein anderer sein wie von vor 150 Jahren. Aber grundsätzlich die Anregung und die Fortführung der Erhaltungssatzung sei auch an dieser Stelle von Seiten seiner Fraktion richtig.

OR Ginder (Die Linke) hat gewartet, da man zuerst den Antrag fertigmachen wolle. Da sie aber direkt angesprochen wurde, wolle sie auch antworten. Was eine Luxussanierung sei, könne man auch ganz einfach nachschlagen. Eine Luxussanierung sei eine Sanierung von einem Gebäude, das der Immobilie einen wesentlich höheren Wert zuschreibe, als das Gebäude vorher gehabt habe. Umgangssprachlich gehe man auch davon aus, dass in der Regel Mieter in einem solchen Gebäude sich nach der Luxussanierung die Miete dort nicht mehr leisten können. Dies mache es zu einer sozialen Frage. Dies sei auch die Bedeutung vom Milieuschutz und warum sie diesen hier auch mit auf den Tisch bringen wolle. Bei einer Erhaltungssatzung für die Altstadt Durlach gehe es in erster Linie um die Gebäude und nicht um die Bewohner, die dort drin seien. Als Vertreter hier im Ortschaftrat vertrete man die Bewohner von Durlach und nicht nur die Gebäude, die in Durlach stehen. Wenn man sich die Antwort auf die Anfrage ansehe, stelle man fest, dass die schützenswerten Personengruppen und Bevölkerungsgruppen die Alleinerziehenden, die Familien mit Kindern, die Senioren seien und im Geltungsbereich der Altstadtsatzung immer weiter zurückgehen und zwar im signifikant höheren Maße als das in gesamt Karlsruhe der Fall sei. Deswegen auch der Vergleich mit Karlsruhe-Stadt.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 6: Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches der Erhaltungssat-

zung für die Altstadt Durlach

Antrag SPD-OR-Fraktion, eingegangen am: 02.02.2020

Vorlage: 2020/0373

hierzu:

Milieu im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung für die Altstadt

Durlach

Anfrage SPD-OR-Fraktion und Ortschaftsrätin Ginder, eingegangen am:

21.02.2020

Blatt 4

Wenn man dieses Wohngebiet mit Karlsruhe-Stadt vergleiche, dann würden die schützenswerten Bevölkerungsgruppen, die sich hohe Mieten nicht leisten können, um den Faktor 2,5 bis 20-fach verdrängt. Die Befürchtung sei, dass der Schutz der Altstadt und Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt, die man nur mit hohem Kapitalaufkommen bewältigen könne, diese schützenswerten Personengruppen da weiterhin verdränge. Und dass man den Kern der Altstadt auf eine Art und Weise verändere, wie man sie vielleicht gar nicht haben wolle. Man wolle diese gemischten Bevölkerungsgruppen in der Altstadt auch weiterhin haben und man wolle nicht, dass das ein Wohngebiet werde, das sich nur sehr betuchte Leute leisten können. Man wolle nicht, dass das zu einem Wohnviertel werde, in dem Ferienwohnungen im großen Maßstab vermietet werden und die lokale Bevölkerung keinen Platz mehr finde. Darum gehe es in dieser Anfrage. Ob man hier ein Problem habe und bei der Beantwortung, man habe leider nicht alle Faktoren, die man beleuchten und auch wirklich an der Stelle auswerten könne – aber bei den Faktoren, wo man eine Antwort bekommen konnte, seien die Zahlen der Stadtverwaltung sehr klar. Sie glaube, man habe hier tatsächlich ein Problem, in das es sich lohne, noch genauer reinzusehen. Sie sei zwar als Einzelortschaftsrätin nicht antragsberechtigt, aber sie wolle die Fraktionen aufrufen, darüber nachzudenken, ob sie an dieser Stelle nicht eine Befragung der Bevölkerung in diesem Bereich initiieren wollen. Sie wolle das Stadtamt fragen, ob nach diesen Ergebnissen nicht auch der Wunsch bestehe, hier eine Befragung der Bevölkerung anzustoßen um zu erheben, wie weit man an der Stelle tatsächlich sei.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte ein kurzes persönliches Statement zum Antrag der SPD geben. Er sei tatsächlich etwas emotionslos bei dem Thema gewesen und habe abwarten wollen, was die Verwaltung sagen werde. Die Verwaltung stimme zu und unterstütze das Anliegen. Da könne er mitgehen. Er denke allerdings immer, man müsse etwas aufpassen, dass man den Rahmen nicht zu groß setze, weil natürlich eine Erhaltungssatzung wieder Auswirkungen auf die Bevölkerung, die Besitzer, Bewohner etc. habe. So einfach sei es nicht, es habe alles seine Folgen. Wie gesagt,

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 6: Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches der Erhaltungssat-

zung für die Altstadt Durlach

Antrag SPD-OR-Fraktion, eingegangen am: 02.02.2020

Vorlage: 2020/0373

hierzu:

Milieu im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung für die Altstadt

Durlach

Anfrage SPD-OR-Fraktion und Ortschaftsrätin Ginder, eingegangen am:

21.02.2020

Blatt 5

er gehe hier mit, da habe er überhaupt kein Problem. Zu den Ausführungen von Frau Kollegin OR Ginder sage er: Respekt. Sie habe dies sehr gut dargelegt und sie habe auch völlig Recht. Allerdings habe der größte Milieuwechsel eigentlich stattgefunden, als das Sanierungsgebiet Durlach gekommen sei. Und die gesamte Altstadt und gesamt Durlach sich eigentlich vom Klientel verändert habe. Da habe schon einmal der größte Wechsel stattgefunden in der Verdrängung oder im Austausch von Bevölkerungsschichten in gesamt Durlach. Aber man habe die Thematik tatsächlich trotzdem und er könne Frau OR Ginder von seiner persönlichen Seite aus nur anbieten, dass man da gerne zusammen dieses Thema angehen könne. Aber da spielen noch ganz andere Fakten eine Rolle, wie habe sich die Wohnraumentwicklung pro Quadratmeter pro Person verändert etc. Das spiele ja alles mit eine Rolle. Aber es habe ihm sehr gut gefallen, was Frau OR Ginder gesagt habe und er könne ihr da persönlich nur die Unterstützung und Mitarbeit an dem Thema – und er denke höchstwahrscheinlich auch von seiner Fraktion – signalisieren.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und ruft die Abstimmung auf. Sie fragt, wer dem grundsätzlichen Vorgehen in den vorgeschlagenen Geltungsbereichen zustimme.

Ja-Stimmen 21 Nein-Stimmen -Enthaltung -

Einstimmig zugestimmt.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 7: Infrastruktur am Turmberg

Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am: 13.02.2020

Vorlage: 2020/0374

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 7, Infrastruktur am Turmberg, Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 13.02.2020, auf.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) seine Fraktion freue sich, dass der Antrag größtenteils positiv beschieden worden sei. Man wisse, dass für die Projekte wahrscheinlich für die nächsten Jahre nicht die großen finanziellen Mittel im städtischen Haushalt zur Verfügung stünden, freue sich aber dennoch, dass die ersten Teile peu a peu kommen. Man würde sich freuen, wenn man frühzeitig in die weitere Planung in den Jahren eingebunden werde.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) seine Fraktion habe sich über den Antrag der CDU an dieser Stelle sehr gefreut. Seine Fraktion habe im Herbst 2019 auch einen ersten Anlauf genommen, der hier im Gremium nicht auf vollständige Zustimmung gestoßen sei. Er wolle auf die Punkte einzeln eingehen. Ganz großartig finde man das Vorhaben, den Fußgängerverkehr zu stärken und gehe damit dann auch was die geplante Sanierung vom Hexenstäffele angehe für seine Fraktion vollkommen d'accord. Was man insgesamt kritisch sehe, sei die Summe. Dies sei ein "multimillion Dollar" Vorhaben, das in dem Antrag stehe. Man habe bei TOP 1 gesehen, es bestehe ein gewisser Handlungsbedarf bei den drei Straßen, die genannt seien. Aber er denke, das überlasse man an der Stelle dem Tiefbauamt. Das sei auch nichts, das in den nächsten Jahren so kommen werde. Auch in der aktuellen Situation sei eine Umlenkung von Finanzmittel wahrscheinlich nicht wirklich vorstellbar. Großartig fände man auch eine Tempo-30-Zone, sei sich allerdings auch der Sache bewusst, das fehle leider in der Stellungnahme der Stadt, dass dies an der Stelle rechtlich gar nicht möglich sei. Was allerdings rechtlich mögliche sei, wäre – das gelte es noch zu prüfen – Tempo 50 und Fahrradstraße. Er denke, hier müsse man noch weitere Maßnahmen vorausschicken, Verkehrszählung usw., dass man hier die Zahlenbasis habe, um so etwas überhaupt entscheiden zu können. Aber das fände seine Fraktion auf jeden Fall großartig. An anderen Stellen, die seiner Fraktion sehr am Herzen liegen, wie beispielsweise die Parkflächen neu gestaltet werden können, da bleibe der Antrag noch relativ unkonkret. Aber er denke, das sei auch kein Thema für 2020/21. Von daher könne man vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal darüber sprechen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man zu den Parkflächen auf dem Turmberg noch einen Termin habe, wenn es wieder Sommer werde. Es sei ausgemacht, dass man sich die Situation noch einmal genauer ansehe. Damit sei noch nicht alles gelöst, aber damit sei man weiter auf dem Weg. Man müsse sehen,

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 7: Infrastruktur am Turmberg

Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am: 13.02.2020

Vorlage: 2020/0374

Blatt 2

wann sei die Terrasse wieder offen, wann sei die Gastronomie wieder offen und dass sich alles wieder einspiele, so dass man sich das nicht ansehe, wenn oben nichts los sei.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) wolle ganz kurz zu dem Fahrradweg sagen, es gebe vom Verkehrsministerium Baden-Württemberg ein Pilotforschungsprojekt für Fahrradschutzstreifen außerorts, wo auch der Landkreis Karlsruhe an dem Projekt mitarbeite. Das Pilotprojekt laufe seit 2019 bis 2021. Vielleicht sei das dann auch eine Option, wenn man diese Straße dann angehen könne und die Mittel für die Planung für die Straße bewilligt bekomme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fasst nach, dass die Referenz zu diesem Pilotprojekt interessant sei, damit man sich auch noch einmal darum kümmere.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte als Ergänzung zu seinem Kollegen Herrn OR Ruf sagen, er habe sich auch schon viel getraut, was Fahrradwege angehe, müsse aber sagen, auf dem engen Sträßchen einen Fahrradweg zu fordern, wo man rechts praktisch keine Erweiterungsmöglichkeiten habe, außer vielleicht 40 Bäume zu fällen, das sei wirklich mutig bis verwegen, würde er das nennen wollen. Man erinnere sich gerne wieder daran, was die CDU hier fordere, wenn es um die Rittnertstraße gehe oder auch um die B 3, wo es auch keine Fahrradwege gebe und wo sie sicherlich nötiger seien, als auf der Straße auf den Turmberg. Das schnelle Fahren auf den Turmberg sei aber auch nicht abhängig davon, ob es dort einen Fahrradweg gebe, sondern der persönliche Trainingszustand habe einen größeren Einfluss.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, es sei kein Fahrradweg gewesen, was beantragt worden sei. Dies sollte noch einmal geprüft werden, denn dies sei nicht ganz unwichtig.

Abstimmen müsse man über den Antrag nicht, im Wesentlichen sei man sich darüber einig.

Protokoll Seite 26

4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. Mai 2020,

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 8: Haltestelle für den Schulbus in der Weiherstraße

Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am: 10.03.2020

Vorlage: 2020/0398

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 8, Haltestelle für den Schulbus in der Weiherstraße, Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 10.03.2020, auf.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) führt aus, dass die Stellungnahme zu dem Antrag für seine Fraktion in Ordnung sei. Die Umsetzung werde demnächst dann kommen.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 9: Schutz des Fußgängerbereichs Saumarkt

Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 10.03.2020

Vorlage: 2020/0399

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 9, Schutz des Fußgängerbereichs Saumarkt, Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am 10.03.2020, auf.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) versucht, sich hier kurz zu halten. Es sei allen bekannt, dass dies auch eines der Dauerthemen sei. Er fand in der Stellungnahme, dass es eine naheliegende pragmatische Lösung sei. Dies sei für ihn erst einmal ok. Wenn es nicht klappe, spreche man in 6 Monaten wieder darüber. Er würde sich freuen, wenn es zeitnah käme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man sich im Stadtamt auch freuen würde, wenn es klappt. Für die Verwaltung sei es auch schon ein langes Spiel. Da es die Idee von Herrn Rößler sei, gehe sie davon aus, dass das jetzt klappe.

Herr Rößler (Stadtamt Durlach) bestätigt, dass die Schlösser schon gekauft worden seien.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 10: Sondernutzungserlaubnisse der Stadt Karlsruhe für öffentlichen

Verkehrsraum

Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am: 27.03.2020

Vorlage: 2020/0400

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 10, Sondernutzungserlaubnisse der Stadt Karlsruhe für öffentlichen Verkehrsraum, Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 27.03.2020, auf. Wie alle sehen, liege zu diesem Antrag keine Antwort der Verwaltung vor. Sie habe ihn trotzdem auf der Tagesordnung belassen, da sie finde, gerade in heutigen Zeiten könne man trotzdem in der Lage sein, sich für oder gegen eine solche Regelung auszusprechen, ohne dass man von der Verwaltung gesagt bekomme, wie es vielleicht das Beste sei. Dass keine Antwort der Verwaltung vorliege, habe vermutlich auch den Grund, dass es auch dort zwei Seiten gebe. Deswegen würde sie Herrn OR Griener bitten, den Antrag noch einmal zu begründen und dass man dann möglicherweise einen Beschluss dazu fasse ohne Verwaltungsvorlage.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) der Antrag an sich besage alles. Er sehe es persönlich so, wenn keine Stellungnahme vorliege, nehme man das als Zustimmung und bedanke sich recht herzlich.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) führt aus, dass ihre Fraktion den Antrag gut, nahezu begrüßenswert, finde. Es sei auch eigentlich logisch, wenn man keinen Au-Benwirtschaftsbereich betreiben dürfe, könne man nicht zu Gebühren herangezogen werden. Sie sei sich sicher, hier seien die Rechnungen schon versandt worden. Die rechtliche Situation sei hier sicher relativ unklar, denn da werde noch viel gestritten. Aber sie halte das für eine ausgesprochen gute Sache auch zur Unterstützung des Gastgewerbes, weil keine Gebühren zu bezahlen, aber wieder Einnahmen zu akquirieren einfach wichtig sei. Das Problem werde auch noch sein, dass die Außenflächen für viele auch zu klein seien, um wirklich ein bisschen einen Gewinn herauszuschlagen. Denn wenn jeder zweite Tisch aus dem Außenbereich von den großen Cafés wegkomme, dann müsse man viel Kaffee verkaufen, dann müsse der Tag mehr als 24 Stunden haben, um überhaupt noch irgendwie einen Gewinn zu erzielen. Vielleicht gebe es da auch noch eine Lösung zu sagen, warum z. B. beim Café Kehrle hinten nicht ein Stück vergrößern, beim Café Cielo noch zwei Parkplätze für diese Zeit wegfallen zu lassen, damit dort mehr Platz zur Verfügung stehe, um dann auch ausreichend Tische hinzustellen. Hier glaube sie, müsse man innovativ auch dem Gastgewerbe Angebote machen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) führt aus, dass Frau OR Frey vorweggenommen habe, was sie auch noch gerne in dem Gremium ansprechen wolle. Sie glaube, man müsse gerade jetzt viel unterstützen. Es gebe auch einen Antrag im Gemeinderat von der Grünen-Fraktion, dass man jetzt großzügiger in der Zurverfügungstellung des öffentlichen Raumes sei. Dort stärker bezogen auf Parkplätze. Sie würde sagen,

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 10: Sondernutzungserlaubnisse der Stadt Karlsruhe für öffentlichen

Verkehrsraum

Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am: 27.03.2020

Vorlage: 2020/0400

Blatt 2

es könne ein Parkplatz sein, es müsse aber auch kein Parkplatz sein. Sie bittet darum, dass man hier das Ok vom Ortschaftsrat bekomme, sich dafür einzusetzen, dass der öffentliche Raum großzügiger von der Stadt Karlsruhe jetzt zur Verfügung gestellt werde für die, die aufgrund der ganzen Abstandsregelungen, Hygieneregelungen jetzt für die Wirtschaftlichkeit mehr Raum brauchen. Wenn man dieses Votum als Stadtamt mitbekommen würde, sich dafür einzusetzen, ohne dass es auf der Tagesordnung stehe, sei sie sehr dankbar.

OR Oppelt (SPD-OR-Fraktion) so viel sie wisse sei gestern auf der Pressekonferenz der Stadt gesagt worden, dass die Sondernutzungsgebühren geändert würden und für die Außenbereiche für Gastwirtschaften nichts verlangt werde und auf Antrag sogar die Möglichkeit bestehen solle, dass man die Außenflächen erweitere, weil man eben diese Abstandsregel einhalten müsse. Hier würde sie noch einmal nachfragen, dies müsse eigentlich demnächst in der Zeitung stehen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dies leider nicht bis nach Durlach gekommen sei, dies sei etwas weit. Die Antwort dauere manchmal etwas länger. Sie höre heraus, es seien alle für den Antrag und sogar noch darüber hinaus könne sie festhalten, dass man – ob für Gastronomie, ob für Kulturschaffende, was auch immer – großzügiger in der Vergabe des öffentlichen Raums und der Vergabe der öffentlichen Flächen sei. Konkreter müsse man hier nicht sein. Und das Ganze sei einstimmig. Hierfür bedanke sie sich.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 11: Verkehrszählung Pfinztalstraße

Anfrage CDU-OR-Fraktion, eingegangen am: 10.03.2020

Vorlage: 2020/0401

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 11, Verkehrszählung Pfinztalstraße, Anfrage CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 10.03.2020, auf.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) muss weiter ausholen. Die Daten für die Verkehrszählung vom 15.11.2019 hätten in dem Schreiben sein sollen vom 12.03.2020. Seien sie aber nicht. Diese Daten hätte man trotzdem gerne. Dass die Aufschlüsselung nach den Uhrzeiten etc. nicht möglich sei, sei in Ordnung. Laut der Stellungnahme sei aber die Aufschlüsselung nach den Größen von 0,1 bis 7,0 Metern und 7,1 bis 13,0 Metern und ab 13,0 Metern möglich. Hier hätte man gerne die Aufschlüsselung. Bei der Gesamtzahl von 13.020 Autos in 9 Tagen abzüglich aller Straßenbahnen in diesem Zeitraum, habe man pro Tag Durchfahrten in eine Richtung in einer Fußgängerzone von 1.355 Fahrzeugen, ohne Straßenbahn. Gebe es hier nicht eine Vorgabe, wo das Ordnungs- und Bürgeramt dann tätig werden müsse bzw. sollte?

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) könne sich hier nur anschließen. Da er dort wohnhaft sei, betrete er die Pfinztalstraße eigentlich nie, ohne dass da Autoverkehr herrsche. Die Aufgliederung nach Zeiträumen sei sehr interessant. Daran könne man vielleicht die Kontrollen ausrichten. Er denke, dass dies der Hintergrund sei. Er wolle anbieten, wenn die Rohdaten übergeben werden könnten, könne man sich diese anschauen. Wenn da wirklich etwas drin stehe, stelle man es dann zur Verfügung. Es sei ihm wichtig, die Rohdaten übermittelt zu bekommen.

OR Ginder (Die Linke) war von den Ergebnissen sehr überrascht. Sie sei davon ausgegangen, dass viele geblitzt werden. Aber wenn sie das richtig sehe, habe es bei den Kontrollen im Januar bei 50 Prozent der gemessenen Fällen eine Beanstandung und jetzt bei den Messungen im Februar bei 90,5 Prozent der gemessenen Fällen eine Beanstandung gegeben? Und bei über 90 Prozent ein Verwarngeld. Das Problem werde schlimmer. Sie wüsste gerne, ob die Stadtverwaltung plane, dagegen vorzugehen, wenn in den Spielstraßen immer schneller gefahren werde?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man dies entsprechend weitergeben werde.

Protokoll zu

TOP 12 a: Liniennetz der Straßenbahn nach Fertigstellung der Kombilösung

Anfrage B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 11.03.2020

Vorlage: 2020/0402

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 12 a, Liniennetz der Straßenbahn nach Fertigstellung der Kombilösung, Anfrage B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am 11.03.2020, auf.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) ist der Stadt bzw. den Verkehrsbetrieben Karlsruhe klar, dass ihre Fraktion mit dieser Antwort sehr unzufrieden sei? Es sei ihr zu wenig Empörung, die Bürger haben beim Bürgerentscheid entschieden, aufgrund einer anderen Faktenlage, die jetzt geändert wurde und da solle man jetzt so leicht darüber hinweggehen. Gerade für Durlach wurden mehr Linien zugesagt und jetzt solle man das so sang- und klanglos hinnehmen. Ihre Empörung sei da relativ groß.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 12 b: Zukünftiges ÖPNV Liniennetz in Durlach

Anfrage FDP-OR-Fraktion, eingegangen am: 14.04.2020

Vorlage: 2020/0515

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 12 b, Zukünftiges ÖPNV Liniennetz in Durlach, Anfrage FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 14.04.2020, auf.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) stellt fest, dass man bei diesen Anfragen die gleiche Stoßrichtung habe. Die Frage, wie groß die Anzahl der zusätzlichen Fahrgäste sei, die man sich verspreche auf dieser Route vom Bahnhof Durlach Richtung Tullastraße, Südostbahn, wurde nie beantwortet. Es wurde nur gesagt, dass da für Entlastung gesorgt werden solle. Es stelle sich ihm auch die Frage, wie viele Fahrgäste von dieser Bruchsaler Linie da umsteigen sollen, wenn diese künftig eingeschleift werde über den Otto-Dullenkopf-Park in die Ludwig-Erhard-Allee. Dieses ganze Argument, dass die Linie 5 im Bahnhof Durlach ende, um dort Umsteigeverbindungen zu schaffen, halte er an den Haaren herbeigezogen. Er habe noch eine weitere Frage, die provokant sei. Sei es nicht so, dass man den Durlachern die Taktverdichtung und die zweite Straßenbahnlinie zum Turmberg nicht gönne, weil die anderen Stadtteile alle auch nur eine Linie haben? Diese Frage würde er direkt stellen, aber er glaube, die Antwort darauf kenne er – ob man sie bekomme, wisse er nicht.

Protokoll Seite 33

4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. Mai 2020,

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 13: Lkw-Durchfahrtsverbote in Durlach

Anfrage FDP-OR-Fraktion, eingegangen am: 30.03.2020

Vorlage: 2020/0403

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 13, Lkw-Durchfahrtsverbote in Durlach, Anfrage FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 30.03.2020, auf. Sie stellt fest, dass es hierzu keine Fragen gibt.

TOP 14:

Nachfragen zu Anfragen aus der abgesetzten April-Sitzung, die im schriftlichen Verfahren zur Kenntnis gegeben wurden

- Straßenbäume/Begrünung auf Durlacher Straßen und Plätzen Nr. 2

(Anfrage B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

- **Urban Gardening Standorte Durlach** (Anfrage B´90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)
- Umwandlung der verkehrsberuhigten Bereiche Durlach (Anfrage CDU-OR-Fraktion)

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 14, Nachfragen zu Anfragen aus der abgesetzten April-Sitzung, die im schriftlichen Verfahren zur Kenntnis gegeben wurden, auf. Hier habe man zusammengefasst:

- Straßenbäume/Begrünung auf Durlacher Straßen und Plätzen Nr. 2 (Anfrage B´90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)
- Urban Gardening Standorte Durlach (Anfrage B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)
- Umwandlung der verkehrsberuhigten Bereiche Durlach (Anfrage CDU-OR-Fraktion).

OR Ricken (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) müsse zur Antwort des Gartenbauamtes zu den Straßenbäumen noch eine Frage stellen. Sie sei erstaunt gewesen, dass es hieß, dass auf der ganzen Gemarkung in allen Straßen in Durlach kein einziger Straßenbaum mehr zu pflanzen sei, dass es keinen Platz mehr gebe. Sie wolle fragen, ob dies wirklich stimme. Sie finde diese Aussage ganz schön brutal.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fasst nach, ob Frau OR Ricken fragen wolle, ob das der Ernst des Gartenbauamtes sei? Dies gebe man so weiter.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) führt aus, dass für das Klima generell die Straßenbäume wichtig seien, aber auch die Hausbegrünungen. Deshalb seine Zusatzfrage: Inwieweit könne das Gartenbauamt nicht nur für mehr Straßenbäume, sondern auch für Hausbegrünungen sorgen für ein gutes Klima in der Altstadt? Es könne nicht sein, dass da nur Häuser seien, die von der Sonne aufgeheizt werden und man keinen Sauerstoff von den Pflanzen bekomme. Er meine, das Stadtamt müsse sich über das Stadtplanungsamt bemühen, dass auch bei Neubauten wie z. B. beim P 90 gleich Bäume gepflanzt werden, dass das Gebäude begrünt werde, dass da etwas geschehe und man es nicht grundsätzlich hinnehme, dass da neue Bauten ohne Grün hinkommen.

TOP 14:

Nachfragen zu Anfragen aus der abgesetzten April-Sitzung, die im schriftlichen Verfahren zur Kenntnis gegeben wurden

- Straßenbäume/Begrünung auf Durlacher Straßen und Plätzen Nr. 2

(Anfrage B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

- **Urban Gardening Standorte Durlach** (Anfrage B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)
- Umwandlung der verkehrsberuhigten Bereiche Durlach (Anfrage CDU-OR-Fraktion)

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass Begrünungskonzepte sicher auch immer ein Thema seien, auf die das Stadtplanungsamt auch im Sanierungsgebiet Aue darauf achte, dass dies dabei sei. Wenn sie sehe, wie sich da eine schöne Koalition in den Themen Grün und ÖPNV bilde, so ein Begrünungskonzept politisch zu fordern als Antrag für bestimmte Stellen, würde es dem Stadtamt auch leichter machen. Es sei zu überlegen, wenn man dieser Meinung sei, denn in der Altstadt bedürfe dies wirklich eines Konzeptes. Hier sei man immer offen für solche Anträge, über diese dann auch aktiv zu werden.

Protokoll zu

TOP 15: Mitteilungen Stadtamt Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 15, Mitteilungen Stadtamt Durlach, auf. Einiges liege aus, unter anderem Informationen zur Fahrbahnsanierung der A 8. Weil es aktueller Anlass war und auch zumindest kurz in der Presse bedacht war sowie zwischenzeitlich ein Antrag im Haus für den Ortschaftsrat vorliege, dass man den Sachstand zum Thema Campingplatz darlege und man sich auch in der nächsten Hauptausschusssitzung mit dem Thema Campingplatz Durlach befasse, wolle sie aus Sicht des Stadtamtes einen kurzen Sachstandsbericht diesbezüglich geben. Man sehe eigentlich derzeit nicht, dass es sich um den nicht Berliner, sondern Durlacher Flughafen handle. Die Arbeiten am Campingplatz laufen, die Arbeiten am Campingplatz liefen die ganze Zeit. Vielleicht wissen nicht alle die Historie: Der Campingplatz sei Ende 2017 geschlossen worden, weil in der Tat der Vorpächter diesen in einem sehr maroden Zustand hinterlassen habe und ein Betrieb gar nicht mehr möglich gewesen sei. Die Gebäude seien in einem Zustand gewesen, dass man sie nur noch abreißen konnte. Man habe es dann auch ausgeschrieben, es sei keineswegs die Absicht gewesen, diesen ersteinmal von städtischer Seite selbst zu betreiben. Der Gemeinderat habe sich dann im Februar 2019 für das Konzept eines der sieben Bewerber entschieden und die Bestellung eines Erbbaurechts und den Abschuss eines Mietvertrages dann mit dem Betrieb auch genehmigt. Darin, in diesem Konzept – die Verträge haben auch dem Stadtamt vorgelegen und auch den Gemeinderäten seien diese vorgelegen – sei folgendes vereinbart gewesen: Dass die Stadt Karlsruhe nämlich nicht nichts tue, sondern die Stadt Karlsruhe für die äußere Erschließung des Geländes zuständig sei. Die äußere Erschließung gewährleiste und eine Stichleitung als Neubau in das Gebiet des Campingplatzes erstelle. Die Schaffung der Infrastruktur innerhalb des Campingplatzes für die Dauercamper, Monteurshäuser, alles was es dazu noch bedarf, sei Aufgabe und Zuständigkeit des Betreibers gewesen. Zur Herstellung des baureifen Zustandes des in der städtischen Zuständigkeit befindlichen habe der Gemeinderat insgesamt 845.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Dies beinhalte die Abbruchkosten, die öffentliche Stromversorgung – wie man auch festgestellt habe, musste eine eigene Trafo-Station gebaut werden, weil die jetzigen Leitungen für den Bedarf, den man später habe, nicht reichten und auch eine Anbindung vom Turmbergbad dem nicht Stand halte. Alles ordnungsgemäß mit dem Gemeinderat beantragt und auch so zugestanden. Die Abbrucharbeiten an den Gebäuden und auch die Arbeiten an der äußeren Erschließung seien aktuell abgeschlossen und liegen im vorgegebenen Finanzrahmen. Sie seien sogar noch etwas darunter gelegen und man konnte deswegen auch noch Asbestentsorgungen, die eigentlich von den Dauercampern noch übrig gewesen seien, durchführen. In diesem Bereich könne man schlechterdings nicht von einem Berliner Flughafen und auch nicht von Verdoppelung der Kosten sprechen. Dies sei wichtig, weil auch das Stadtamt Durlach dies in seiner Zuständigkeit mit der Abteilung Hochbau- und Gebäudewirtschaft, Herrn Dueck, wirklich mit Vehemenz mit den Stadtwerken vorangetrieben habe. Das Konzept des Betreibers für die innere Erschließung – und das müsse man sich auch vor Augen halten und auch

TOP 15: Mitteilungen Stadtamt Durlach

Blatt 2

jeder Gemeinderat – sah vor, dass der Betreiber des Campingplatzes für seine Aufgaben, also was er für die innere Erschließung brauche, in einem ersten Schritt 910.000,00 Euro mindestens in die Hand nehme. Und weil dann der Betreiber für alle unerwartet seinen Rückzug erklärt habe, er würde den Vertrag nicht unterschreiben, er habe sich da anders entschieden – dies sei im Juli 2019 gewesen – also auch keine Jahre oder Jahrzehnte her, wie bei einem Flughafen, habe er die Vertragsverhandlungen abgebrochen. Dann sei man in den Gemeinderat und habe gesagt, um überhaupt einen Betrieb des Campingplatzes weiter zu gewährleisten, wolle man zumindest in einen provisorischen Betrieb und das in städtischer Trägerschaft. Das bedeute, man übernehme jetzt auch die innere Erschließung. Und dafür habe der Gemeinderat in einem ersten Schritt 300.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Es dürfe aber jedem klar sein, dass in den Vorlagen auch immer die höhere Zahl von über 900.000,00 Euro als Minimum genannt wurde, die ein Dauerbetrieb auch erfordere. Dieser Betrag war für die erweiterte innere Erschließung also Ringversorgungsleitungen für die einzelnen Stellplätze, die Parzellen sowie die provisorische Lösung, einer Containerlösung für Empfang, Sanitärgebäude und alle Grundlagen. Aktuell seien die Tiefbauarbeiten für diesen Bereich der inneren Erschließung beauftragt und stünden unmittelbar vor Baubeginn. Nicht Wochen, sondern in Tagen. Die Angebote für weitere Asbestentsorgung, Elektroarbeiten in den Parzellen sowie die Containeraufstellung liegen zur Vergabe bereit. Für die möglichst zeitnahe Inbetriebnahme wurden die Planungen dann für die gesamte Erschließung und das Provisorium gemeinsam mit den Stadtwerken aber jetzt auch fortgeschrieben und einem Betrieb angepasst. Hierzu seien weitere über die 300.000,00 Euro gehenden Finanzmittel notwendig. Diese werden dem Hauptausschuss und dem Gemeinderat auch in Kürze vorgestellt. Damit hätte man ein Provisorium zum Zeitpunkt der Eröffnung, welches 51 Wohnmobil- und Wohnwagenstellplätze hätte. In den weiteren Ausbaustufen solle der Betrieb in die Karlsruher Bädergesellschaft überführt werden. Die Freifläche für Zelte, man habe Flächen für Tiny-Häuser, die vielleicht für nicht dauerhafte Mieternutzung aufgestellt werden können, Grillplatzflächen, Flächen für Dauercamper, die dann aber im Betrieb durch die Bäderbetriebsgesellschaft geschaffen werden. Und nicht jetzt städtischerseits, so der Vorschlag. Warum sei aber auch das eine oder andere Finanzmittel notwendig? Weil man im Rahmen einer solchen Planung auch schlauer werde. Und das werde dem Gemeinderat auch sehr genau dargestellt. Es sei vielleicht auch sinnvoll, wenn man merke, dass auch ein Trend zu E-Mobilen gehe, dass man dann vielleicht eher Kupferkabel anstatt Alukabel nehme, weil man einfach in der Planung merke, dass das besser und nachhaltiger sei. Damit lege man jetzt schon etwas in den Boden, was man vielleicht theoretisch für den provisorischen Betrieb nicht bräuchte, was aber für einen zukunftsträchtigen Betrieb einfach notwendig sei und man später nicht noch einmal den Boden aufreißen müsse. Ähnlich habe sich entwickelt, es wurde hier schon angesprochen, das Beleuchtungskonzept. Hier habe es Änderungen gegeben, weil man ein Konzept nehme, das nachts nicht komplett durchleuchte, sondern eines, das mit

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 15: Mitteilungen Stadtamt Durlach

Blatt 3

Annäherung arbeite, so wie es Frau OR Klingert beim Park-and-Ride-Konzept vorgeschlagen habe. Man gehe hier in modernere Richtungen. Das koste ein paar Euro mehr, das werde dem Gemeinderat dargestellt und der Gemeinderat könne auch entscheiden, ob er dazu bereit sei. Letztendlich sei man mit einer Summe summa summarum 575.000,00 Euro, die für den Betrieb von der Stadt getragen werden, in einem ordentlichen Container-Campingplatz sehr schnell betriebsbereit. Das sei die bauliche Sache, die sei dann abgeschlossen. Der Betrieb sei eine andere Sache. Es sei ihr wichtig gewesen und sie glaube auch Herrn Dueck, das heute darzustellen. Aus Durlach würde man sich freuen, wenn der Gemeinderat auch der Vorlage im Hauptausschuss die Zustimmung geben würde. Sie glaube, der Weg sei richtig. Dann habe man vielleicht nicht ganz so schnell wie gedacht, aber immer noch schnell genug und mit allem, was man angestrengt habe, bald wieder einen Campingplatz in Durlach.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) es sei kein Tagesordnungpunkt, auf den man eine Diskussion aufbauen könne. Seine Fraktion habe den Antrag gestellt, dass dieses Thema behandelt werde und man glaube, es sei sehr komplex und es sei auch mit diesen Ausführungen selbstverständlich noch nicht erledigt, sondern weiter erläuterungsbedürftig. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass am 28. April noch der Karlsruher Bäderchef in der Presse erklärt habe, dass noch keinerlei Arbeiten angelaufen seien. Hier gebe es Widersprüche zu klären. Er wolle es nur zur Vollständigkeit sagen, der Antrag seiner Fraktion bleibe selbstverständlich aufrecht erhalten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dies selbstredend sei. Der Antrag komme in der nächsten Sitzung und werde dort ganz normal als Antrag behandelt. Ihr sei es wichtig gewesen, dass heute hier informiert werde, bevor es in den Hauptausschuss gehe. Wenn es hierzu weitere Fragen gebe, stehe man auch jederzeit gerne zur Verfügung. Sobald es einen weiteren Baufortschritt gebe, werde man auch wieder vor Ort einladen, wie man es schon einmal gemacht habe. Dann könne man sich über den Fortschritt der Baumaßnahmen direkt vor Ort ein Bild machen, man sei mit dem Ortschaftsrat schon einmal draußen gewesen.

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 16: Mündliche Anfragen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 16, Mündliche Anfragen, auf.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) kommt auf den Dauerbrenner Elektromobilität zurück. Da habe seine Fraktion einen Antrag gehabt, da wurde Planung/Neugestaltung in Aussicht gestellt. Konkret zwei Ladesäulen in Durlach. Ladesäule Gritzner Straße 6, das sei ja die Durlacher Schildbürger-Ladesäule mit nur einem Stellplatz und zwei Dosen. Man habe heute in den BNN lesen dürfen, dass es in der Stadt Karlsruhe noch weitere gebe. Es sei ihm völlig klar, dass das aus den Anfängen der Elektromobilität sei und dass man da nicht alleine sei. Dennoch wolle er gerne wissen, wann und wie es da weitergehe. Es sei zwischenzeitlich an der Ecke einmal gegraben worden und er dachte, es tue sich nun etwas. Es wurde dann aber auch gleich wieder zugeschüttet. Frage: Wann geht es hier weiter? Wenn es nichts Konkretes gebe, würde er gerne wissen, was man unternehmen müsse, um dies weiter voranzutreiben? Es koste Geld und es seien mehrere Ämter zu beteiligen – so viel habe man gelernt. Aber das würde man gerne weiterführen. Zweite Frage: Wann kommt der Schnelllader am Blumentorparkplatz?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man beide Fragen weitergeben werde.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) seiner Fraktion sei mitgeteilt worden, dass im Bereich der Untermühlsiedlung auf Höhe vom Bolzplatz und diesem Steinbrückle und auch in der Nähe von der Umgehungsstraße Probebohrungen stattgefunden haben. Auf Anfrage eines Arbeiters wurde gesagt, da seien Bodenproben zur Ermittlung der Bodenbeschaffenheit genommen worden und Auftraggeber sei wohl die Deutsche Bahn. Es stelle sich nun die Frage, was die denn eigentlich vorhaben, dass diese Probebohrungen gemacht wurden?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man nachfragen werde.

OR Bruker (AfD) wie seit längerem bekannt sei, suche das Deutsche Rote Kreuz (DRK) Ortsverein Durlach einen neuen Standort für rund 10 Einsatzfahrzeuge, Rettungswägen, nachdem der bisherige Standort in der Badischen Maschinenfabrik gekündigt wurde. Zuletzt habe man vor einer Woche in den BNN darüber nachlesen und auch den eindringlichen Appell des Ortsvereinsvorsitzenden vernehmen können. Das DRK firmiere zwar als Verein, sei aber eine von mehreren tragenden Säulen unseres Katastrophenschutzes für die Bürgerinnen und Bürger in Durlach. Und als solches Teil der Daseinsvorsorge. Die AfD bitte daher die Verwaltung, konkret das Stadtamt Durlach, den Fall nochmals genau zu prüfen, möglichst kurzfristig tätig zu werden und eventuell ange-

17:00 Uhr Protokoll zu

TOP 16: Mündliche Anfragen

Blatt 2

sichts der Dringlichkeit schnelle Hilfe zu leisten oder anzubieten. Er habe noch ein zweites Anliegen: Es gehe um den Gabenzaun und die Brücke neben dem Bahnhof Durlach. Da habe es diese caritative Aktion einer Facebookgruppe im März/April gegeben. Diese Aktion sei jetzt beendet, die meisten Sachen seien nicht mehr da. Allerdings, wer dort vorbeifahre sehe dort seit über einer Woche eine Ansammlung von Altkleidern, Müll aller Art – dort seien unhaltbare Zustände auf die Dauer. Sei es geplant, dass hier eine städtische Räumungsaktion stattfinde? Wenn ja, wäre vielleicht zu prüfen, ob dem Initiator, der dort sozusagen den Müll einfach habe liegen lassen, die Entsorgungskosten in Rechnung zu stellen wären.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) zum Deutschen Roten Kreuz könne sie nur unterstützen, was Herr OR Bruker sage, die Wichtigkeit des Deutschen Roten Kreuzes. Man helfe, unterstütze, vermittle dem DRK hier in Durlach allerdings nicht kurzfristig und nicht jetzt, sondern schon seit 10 Jahren. Wenn er Details wissen wolle, was Herr Rößler schon alles unternommen habe, die teile er ihm dann auch gerne in einem Telefonat mit. Ungeachtet dessen, wenn aktuell eine Möglichkeit bestünde, würde man diese sofort mit dem DRK zusammen umsetzen wollen. Zu so einer Umsetzung gehören aber immer zwei, um bei so etwas zusammenzukommen. Der Gabenzaun, den habe man im Blick. Dieser sei auch schon von städtischer Seite nicht nur einmal geräumt worden. Aber es werde immer wieder hingestellt und dies sei so gar nicht die Sache des Facebookbetreibers, der es ja auch kundgetan habe, sondern von den Menschen, die nicht darauf hören und die Sachen trotzdem hinstellen. Man habe es aber im Blick und es habe sich dort im Umkreis auch ein Obdachlosenfall niedergelassen. Mit dem sei der Soziale Dienst in Kontakt, weil da auch möglicherweise ein Ausstieg, ein neues Leben gewünscht werde.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) möchte hinsichtlich des Gabenzauns fragen, ob es denn bei der Verwaltung oder beim Stadtamt Durlach Überlegungen gebe, die Betreiber zu unterstützen beim Finden eines neuen Platzes? Dies scheine ihm sehr sinnvoll, denn er habe selbst überlegt, wo es Möglichkeiten gebe. Es müsse ein spezieller Platz sein. Der Platz in Durlach am Bahnhof sei gar nicht so ungeschickt gewesen. Er sei anonym gewesen, aber auch unsicher. Es sei schön, wenn man hier Überlegungen anstellen könne, um die Betreiber zu unterstützen, dass er wieder ins Leben komme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass die Abteilung Jugend und Soziales in Person von Herrn Laue hier in Kontakt sei.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) möchte zur Entwicklung der Realisierung der Grundschule hier am Schloss wissen, ob es irgendwann einmal einen Sachstand gebe, wie die Baufortführung und -weiterleitung sei? Er sei angesprochen worden, dass die Pavillons

Protokoll zu

TOP 16: Mündliche Anfragen

Blatt 3

abgerissen werden sollten und nun würden diese ausgebaut. Es dürfe auch gerne irgendwann einmal eine Vorstellung hier im Gremium sein.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dies eine gute Idee sei. Die Fragen kommen. Wenn es konkret etwas gebe, könne sicher Herr Dueck schon etwas dazu sagen. Aber sie nehme es auch zum Anlass, dass man in einer der nächsten Sitzungen hier vorstelle, wie die nächsten Bauvorschritte seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, bedankt sie sich recht herzlich bei allen und schließt die Sitzung um 18:39 Uhr.

Die Vorsitzende:	Die Urkundsbeamten:
Alexandra Ries Ortsvorsteherin	OR Griener (CDU-OR-Fraktion)
	Die Protokollführerin:
OR Siebach (SPD-OR-Fraktion)	Anja Bormeth (StaDu)